

1 **Entschließung der CDU-Fraktionen**
2 **im Berliner Abgeordnetenhaus und im Thüringer Landtag**
3 **Blankenhain, 3. Mai 2019**
4

5 **Rot-Rot-Grünes Versagen in der Bildungspolitik beenden**

6 An kaum einem anderen Ort manifestiert sich das Versagen ideologischer linker Politik
7 mehr als auf den Schulhöfen in Berlin und Thüringen. Schüler, Eltern und Lehrer leiden in
8 dem Stadtstaat und Freistaat gleichermaßen am Versagen und einer politisch falschen
9 Ausrichtung der Bildungspolitik. Statt die vielfältigen, konkreten und drängenden Proble-
10 me anzugehen, verfolgen die Rot-Rot-Grünen Landesregierungen einen Umbau der Bil-
11 dungspolitik, mit dem Vielfalt und Leistungsfähigkeit der Schullandschaft in Frage gestellt
12 werden.

13 **Unterrichtsausfall**

14 Ein Gradmesser guter Bildungspolitik ist, dass Schüler ihre Schulen mit einem qualifizie-
15 renden Abschluss verlassen, der hält, was er verspricht. Es ist daher alarmierend, dass die
16 Zahl der Berliner Schulabgänger ohne Abschluss auf 13 Prozent, an Gemeinschaftsschulen
17 sogar auf 15 Prozent, angestiegen ist. Nicht anders in Thüringen. Die Zahl der Schulabgän-
18 ger ohne Abschluss ist auch hier gewachsen. 7,5 Prozent der Schüler der allgemeinbilden-
19 den Schulen verließen die Schule ohne Abschluss. Bei Jugendlichen mit Migrationshinter-
20 grund lag der Anteil bei 19 Prozent. Im Berufsbildenden Bereich blieben 13 Prozent der
21 Schulabgänger ohne Abschluss. Eine Ursache in Thüringen ist der Unterrichtsausfall. In
22 Berlin liegt das Hauptproblem darin, dass in den Grundschulen nicht die notwendigen
23 Grundlagen für ein erfolgreiches Bestehen der Oberschule geschaffen werden. Die Schüler
24 kommen mit Defiziten in die Oberschule, die dort dann nicht mehr ausgeglichen werden
25 können. So belegt die jüngste IQB-Studie, dass die Berliner Grundschüler in vielen Berei-
26 chen nicht die Mindeststandards erreichen: 30 Prozent nicht im Bereich Lesen, 15 Prozent
27 nicht im Bereich Zuhören, 33 Prozent nicht im Bereich Orthografie und 28 Prozent nicht
28 im Bereich Mathematik. Zudem fielen in Berlin im vergangenen Schuljahr zwei Prozent der
29 Unterrichtsstunden aus. In Brennpunktvierteln, in denen der Unterricht besonders wichtig
30 wäre, waren es zehn Prozent. In Thüringen lag der Unterrichtsausfall zuletzt bei 6,6 Pro-
31 zent, wobei es auch im Freistaat – ähnlich wie in Berlin – Unterschiede zwischen den ein-
32 zeln Schulformen gab. Folge des dramatischen Unterrichtsausfalls in Thüringen ist, dass
33 im vergangenen Halbjahr in 644 Klassen Zeugnisnoten fehlten.

34 **Lehrermangel**

35 In Berlin und Thüringen fehlen gut ausgebildete Lehrkräfte. 1296 Pädagogen verließen im
36 vergangenen Jahr den Schuldienst in Thüringen. Nur die Hälfte der 871 offenen Stellen
37 wurde unmittelbar nachbesetzt. 88 offene Stellen konnten gar nicht besetzt werden. Bis
38 zum Jahr 2030 werden rund 2280 Lehrer im Freistaat Thüringen fehlen. In Berlin kann der
39 Bedarf an Lehrkräften nur noch durch eine hohe Anzahl an Quereinsteigern – insgesamt
40 44 Prozent - gedeckt werden, die allerdings noch ausgebildet werden müssen. Bis 2030
41 fehlen 7000 Pädagogen. Rot-Rot-Grün gelingt es weder in Thüringen noch in Berlin, gut
42 ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer zu halten. So hält Berlin als mittlerweile einziges
43 Bundesland auch weiterhin starrsinnig an der Nicht-Verbeamtung fest, obwohl zahlreiche
44 Lehrkräfte bereits in andere Bundesländer abgewandert sind und weitere dies bereits an-

45 gekündigt haben. Es ist unverantwortlich, dass angesichts des bestehenden Bedarfs Aus-
46 bildungskapazitäten gar nicht, nicht hinreichend oder viel zu spät erhöht worden sind.

47 **Inklusion um jeden Preis**

48 Inklusion um jeden Preis. Das ist in Berlin und Thüringen der gemeinsame Nenner rot-rot-
49 grüner Politik im Umgang mit Kindern, für die ein besonderer Förderbedarf festgestellt
50 wird. Sollen der gemeinsame Unterricht, Integration und Inklusion gelingen, müssen die
51 entsprechenden personellen und räumlichen Ressourcen vorhanden sein. Das ist weder in
52 Berlin noch in Thüringen gewährleistet. Für den Berliner Lehrerverband ist dies das größte
53 von Senatsseite in Kauf genommene strukturelle Problem an den Berliner Schulen. In Thü-
54 ringen will Rot-Rot-Grün die vollständige Inklusion von Schülern mit bestimmten Förder-
55 schwerpunkten – Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung – in sein neues
56 Schulgesetz schreiben. Das läuft darauf hinaus, dass die Förderschulen zu Beratungs- und
57 Unterstützungszentren ohne Schüler werden. Das Kindeswohl und der Elternwille werden
58 aus rein ideologischen Gründen ignoriert. Die Kostenfolgen der Zwangsinklusion sind
59 nicht abschließend geklärt.

60 **Marode Schulen**

61 Sowohl in Thüringen als auch Berlin sind viele Schulen in einem maroden baulichen Zu-
62 stand. Dieser zeigt sich unter anderem in Nutzungsuntersagungen für Sporthallen. Es ver-
63 geht kaum ein Monat, in dem Medien nicht über bauliche Mängel an Schulen und Sporthal-
64 len und generellen Platzmangel berichten. Bundes- und Landesmittel für Investitionen in
65 Schulgebäude und Sporthallen stehen zwar in beiden Ländern mittlerweile bereit, kommen
66 jedoch kaum bei den Schulen an. Auch versagen beide Länder dabei, die technischen Vo-
67 raussetzungen für digitalen Unterricht zu schaffen. Senat und Bezirke haben in Berlin noch
68 nicht einmal einen Überblick über die technischen Voraussetzungen an den Schulen. In
69 beiden Ländern fehlen die personellen und sachlichen Kapazitäten, um einen modernen
70 und der digitalen Welt angepassten Unterricht zu ermöglichen. In Thüringen fehlt es, ge-
71 rade im ländlichen Raum, zusätzlich an infrastrukturellen Voraussetzungen.

72 **Einheitsschulsystem**

73 Sowohl in Berlin als auch Thüringen laufen zahlreiche bildungspolitische Entscheidungen
74 in der Summe darauf hinaus, das gegliederte Schulsystem schrittweise einem Einheits-
75 schulsystem anzunähern. Dabei setzen beide Länder auf Gemeinschaftsschulen und bevor-
76 zugen sie. In Berlin wurden nach der letzten Schulgesetz-Änderung die Gemeinschafts-
77 schulen zu Einzugsschulen, ohne dass Eltern ein Widerspruchsrecht erhielten. Die Gemein-
78 schaftsschule wurde damit zur Regelschule. Berlin hat damit die gesetzliche Möglichkeit
79 für Zwangszuweisungen geschaffen, statt Schüler und Eltern als Partner im Bildungspro-
80 zess zu gewinnen. Auch in Thüringen drohen mit der Novellierung des Schulgesetzes eine
81 Schwächung der Regelschule und eine Privilegierung der Gemeinschaftsschule. Die Schul-
82 ämter sollen zudem die Möglichkeit erhalten, Schüler anderen Schulen zuzuweisen, wenn
83 eine Klassenbildung aufgrund geringer Schülerzahlen nicht möglich ist. Ungeklärt bleiben
84 dabei Fragen der Schülerbeförderung und des Elternwahlrechts.

85 **Die Jahre Rot-Rot-Grüner Bildungspolitik in Berlin und im Freistaat Thüringen sind ver-**
86 **lorene Jahre, in denen sich die Zukunftschancen unserer Kinder immer weiter ver-**
87 **schlechtern. Gemeinsam fordern wir:**

- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- 93
- 94
- 95
- 96
- 97
- 98
- 99
- 100
- 101
- 102
- 103
- 104
- 105
- 106
- 107
- 108
- 109
- 110
- 111
- 112
- 113
- **Ein begabungsgerechtes, leistungsorientiertes und differenziertes Schulsystem,** das die bestmögliche Unterstützung für alle Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen ermöglicht. Oberste Priorität müssen Investitionen in die sowie Regelungen im Bereich der Schul- und Unterrichtsqualität haben.
 - **Attraktive!Einstellungs- und Beschäftigungsbedingungen,** um junge Lehrer für den Schuldienst in unseren Ländern zu gewinnen und ausgebildete Lehrer zu halten. Die Ausbildungskapazitäten müssen am absehbaren Bedarf ausgerichtet werden.
 - **Beschleunigung des Schulneubaus und Beseitigung des Sanierungsstaus,** um moderne und den Anforderungen unserer Zeit entsprechende Lernorte zu schaffen. Landes- und Bundesmittel müssen schneller bei den Schulen ankommen. Die Verfahrensdauer zwischen Vorhabenanmeldung, Bewilligung und Auszahlung gilt es zu verkürzen.
 - **Technische und pädagogische Absicherung der Digitalisierung.** Schulen müssen technisch so ausgestattet werden, dass die Chancen der Digitalisierung überhaupt genutzt werden können. Die eigentliche Herausforderung ist die pädagogisch sinnvolle Nutzung dieser Möglichkeiten in einer Weise, die den Bildungsprozess tatsächlich unterstützt und die Orientierung in einer digitalen Welt erleichtert.
 - Keine Bevorzugung der Gemeinschaftsschulen. Gemeinschaftsschulen sind kein Ersatz des differenzierten Schulsystems. Sie können eine vielfältige Schullandschaft ergänzen, die dem Gleichbehandlungsgrundsatz zwischen den Schularten verpflichtet ist.
 - **Grenzen der Inklusion anerkennen.** Jedes Kind ist individuell, womit auch der sonderpädagogische Förderbedarf variiert, der im Übrigen von entsprechendem Fachpersonal gedeckt werden muss. Kindeswohl und Elternwille müssen an erster Stelle stehen.

114 **Das Rot-Rot-Grüne Versagen in der Bildungspolitik gilt es zu beenden. Als CDU-**
115 **Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus und im Thüringer Landtag sind wir vereint in**
116 **dem Ziel, zukünftig wieder Verantwortung in der Bildungspolitik zu übernehmen und**
117 **den für Bildung zuständigen Senator beziehungsweise Minister zu stellen.**